

Ottenbach, 15. Januar 1996

KR-Nr. 10/1996

INTERPELLATION von Dr. Charles Spillmann (SP, Ottenbach)

betreffend Geschichtsunterricht an Kantonsschulen

Eine funktionsfähige Demokratie ist ganz besonders auf historisch und staatskundlich gut informierte Bürgerinnen und Bürger angewiesen, weshalb ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen bitte:

1. Teilt der Regierungsrat die Ansicht, dass historische Bildung zu den wichtigsten Grundlagen für die persönliche Entwicklung insbesondere junger Menschen und zukünftiger Staatsbürgerinnen und Staatsbürger gehört?
2. Wie beurteilt der Regierungsrat die Tatsache, dass die Vermittlung historischer und staatskundlicher Bildung ausgerechnet dann aussetzen kann, wenn Schülerinnen und Schüler mündig und damit politisch handlungsfähig werden?
3. Ist der Regierungsrat bereit, den Unterricht in Geschichte an allen Maturitätsschulen bis zum Ende der Schulzeit zu führen?
4. Ist der Regierungsrat bereit, Geschichte als mögliches Maturafach beizubehalten?
5. Kann sich der Regierungsrat der Forderung anschliessen, dass Geschichte an allen Schulen für besonders Interessierte als Ergänzungsfach anzubieten ist?
6. Ist der Regierungsrat bereit, einen Staatskundeunterricht von genügendem zeitlichem Ausmass sicherzustellen?

Für eine umsichtige Beantwortung durch den Regierungsrat bedanke ich mich.

Dr. Charles Spillmann

E. Lalli Ernst	Dr. R. Gurny Cassee	H. Attenhofer
R. Bapst-Herzog	S. Rusca Speck	H.J. Schmid
R. Götsch Neukom	E. Hallauer-Mager	B. Volland
A.M. Riedi	D. Jaun	R. Ziegler
Ch. Schürch	P. Oser	R. Aeppli Wartmann
J. Vogel	Dr. U.E. Gut	Dr. T. Huonker
G. Keller	J. Gerber Rüegg	M. Bornhauser
L. Waldner	T. Kohler	R. Keller
P. Stirnemann	W. Spieler	B. Marty Kälin
Dr. U. Mägli	F. Cahannes	R. Brunner

Begründung:

Nach den Vorgaben des neuen Maturitätsreglements (MAR) des Bundes ist es möglich, dass an Kurzgymnasien (neu 4 Jahre) Geschichte nur noch während der ersten zwei Jahre vermittelt oder besucht werden muss. Ausgerechnet in einem Alter, da die jungen Erwachsenen mündig werden und beginnen, sich vermehrt um politische und historische Zusammenhänge zu bemühen, kann der Unterricht in Geschichte gestrichen werden. Das Fach Staatskunde existiert gar als selbständiges Fach nicht mehr und wird in den Rahmenlehrplänen verlegenheitshalber dem Fach Geschichte angehängt. Gerade wenn man unser Jahrhundert mit seinen unermesslichen menschlichen Katastrophen betrachtet, wird klar, dass ein eigenständiges Urteil über politische, soziale und kulturelle Probleme unserer Zeit unabdingbar ist und einer guten historischen Grundlage bedarf. Aber auch im Hinblick auf die Integrationsbestrebungen in Europa ist wichtig zu wissen, woher wir kommen, um nicht einer alles einebnenden Vermassungstendenz zu erliegen.